

Problem-Fördergelder

Im Kampf gegen Extremismus werden aus guten Ideen nicht immer gute Taten

Von Dietmar Stehr

OSTPRIGNITZ-RUPPIN ■ Wie erfolgreich bekämpft die Ostprignitz-Ruppiner Polizei extreme Auswüchse von Rechts? Wie stark bringt sich dabei die Zivilgesellschaft ein? Und was nützen ständig neue staatliche Förderprogramme? Fragen wie diese wurden gestern in Neuruppin angeregt diskutiert.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag hatte gleich zwei Experten in die Fontanestadt gesandt: Wolfgang Wieland, zuständig für innere Sicherheit, und Monika Lazar als oberste Sachverständige für Rechtsextremismus. Erste Station sollte die Polizei-Hauptwache sein, wo unter anderem Schutzbereichsleiter Dieter Kahler über die Bekämpfung rechter Gruppierungen informierte. Wittstock, das inzwischen als rechte Hochburg im Kreis gilt,

und Rheinsberg kamen dabei ebenso zur Sprache wie die Situation in Neuruppin. Die zuletzt auch vom Leitenden Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher geäußerte Einschätzung, die rechte Szene in Rheinsberg sei zerschlagen, teilte im Anschluss an die Runde Michael Schwandt nicht. Der Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) räumte zwar ein, dass es in der Prinzenstadt derzeit keine organisierten rechten Strukturen gebe. Doch meint er „dutzende von Jugendlichen mit rechtem Gedankengut“ ausgemacht zu haben, die bei Vernachlässigung durch nicht vorhandene Anlaufpunkte durchaus das Potential besäßen, eine neue Szene hervorzubringen.

Recht kritisch ging Schwandt auch mit den ständig neuen Bundesprogram-

men für den Kampf gegen Rechts ins Gericht. Zum einen bedauerte er das Auslaufen der Civitas-Förderung, die speziell kleinen und lokal ausgerichteten Projekten eine Hilfe war. Diese geraten nun beim Nachfolge-Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ins Hintertreffen. Denn verlangt werden Eigenanteile, die nur mit Mühe aufzubringen sind. Selbst die Art und Weise, in der Kreise wie Ostprignitz-Ruppin zu bis zu 100 000 Euro jährlich kommen, findet kaum Gegenliebe beim RAA-Mitarbeiter. Der durch Einreichungsfristen entstehende Zeitdruck für Bewerber sei zu groß. Im hiesigen Fall habe die Zeit gerade für eine Beteiligungskonferenz gereicht: „Da waren die Mittelempfänger, die großen Träger“, so Schwandt. Die ge-

wünschten zivilgesellschaftliche Kräfte in das Ausarbeiten eines lokalen Aktionsplans einzubinden, sei unter diesen Umständen gar nicht möglich gewesen. „Das formt die weitere Ausprägung der Aktionspläne.“

In zuständigen Verwaltungen würden derartige Förderprogramme außerdem oft als zusätzliche Belastung empfunden und „als etwas, das abgewickelt werden muss“. Dies sei gewiss keine böse Absicht, aber die Regel. Ärgerlich sei außerdem, dass durch ständig neue Programme etablierte Strukturen eher beschädigt als verstetigt werden.

Umso mehr begrüßten gestern Polizei, Politik und Schwandt die zwei bisherigen Klausuren des Kreistags zu antidemokratischen Kräften. Diese haben nach Meinung des Bündnisgrünen Wolfgang Freese „einigen Abgeordneten die Augen geöffnet“.